

Mündliche Anfragen

für die Fragestunde der 11. Sitzung des Landtags Rheinland-Pfalz

am Donnerstag, dem 16. November 2006

1. Abgeordnete
Marianne Grosse und
Jutta Steinruck (SPD)

Schutz von Kindern vor Vernachlässigung und Misshandlungen

Wir fragen die Landesregierung:

1. Welche Maßnahmen und Ziele beinhaltet das von Rheinland-Pfalz mit initiierte, länderübergreifende Modellprojekt zur frühen Förderung elterlicher Erziehungs- und Beziehungskompetenz in prekären Lebenslagen und Risikosituationen, das mit einer Pilotphase in Ludwigshafen startet?
2. Welche präventiven Maßnahmen zum Schutz von Kindern werden im Rahmen von „Viva Familia“ angeboten?
3. Welche weiteren Maßnahmen im Land dienen dem Schutz von Kindern vor Vernachlässigung oder Misshandlung?
4. Wie beurteilt die Landesregierung die aktuelle Diskussion zur Einführung einer gesetzlichen Pflicht von Vorsorgeuntersuchungen bei Kindern?

2. Abgeordnete
Dr. Axel Wilke und
Michael Billen (CDU)

Entfernung von Kreuzen aus den Gerichtssälen des Trierer Justizgebäudes

Seit der Renovierung im Trierer Justizgebäude hängen in den Gerichtssälen keine Kreuze mehr. Dies ist vom Trierer Landgerichtspräsidenten so entschieden worden.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Was ist die Begründung dafür, dass die früher vorhandenen Kreuze nicht wieder in den Gerichtssälen angebracht wurden?
2. Wie bewertet die Landesregierung das Kreuz im Hinblick auf die prägende Wirkung des Christentums für die abendländische Kultur und damit für die heutige Gesellschaft und den im Grundgesetz und der Landesverfassung von Rheinland-Pfalz hergestellten Bezug zu Gott?
3. Wie bewertet die Landesregierung vor diesem Hintergrund die Entscheidung des Trierer Landgerichtspräsidenten, die Kreuze aus den Gerichtssälen zu entfernen?
4. Gibt es für die Anbringung bzw. Entfernung von Kreuzen in Gerichtssälen eine allgemeine Handlungsanweisung des Ministeriums der Justiz bzw. ist eine solche geplant?

**3. Abgeordneter
Dr. Peter Schmitz (FDP)**

Änderung der Rechtsform und der Organisationsstruktur der Universitätsklinik Mainz

Der rheinland-pfälzische Ministerrat hat in seiner Sitzung vom 7. November 2006 das Ministerium für Wissenschaft, Weiterbildung, Forschung und Kultur beauftragt, die Voraussetzungen für eine umfassende Änderung der Rechtsform und der Organisationsstruktur der Universitätsklinik Mainz zu erarbeiten und die entsprechenden Entwürfe dem Ministerrat zur Entscheidung vorzulegen.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Innerhalb welcher Zeiträume will das Ministerium für Wissenschaft, Weiterbildung, Forschung und Kultur welche Gesetz- und Verordnungsentwürfe bzw. Organisationsverfügungen vorlegen bzw. erlassen?
2. Bis wann will die Landesregierung abschließend darüber entscheiden, ob ggf. eine „Hochschulmedizin GmbH“ gegründet werden soll?
3. Welche Auswirkungen hat die jetzt im Grundsatz angestrebte Änderung der Rechtsform und der Organisationsstruktur auf die zurzeit laufenden Konsolidierungsbestrebungen der Universitätsklinik?

**4. Abgeordneter
Dr. Thomas Gebhart
(CDU)**

Autobahnverbindung zwischen der A 65 und der französischen Grenze

Der Presse war zu entnehmen, dass die Landesregierung die so genannte Hagenbach-Variante als Trasse für einen Lückenschluss zwischen der A 65 und der französischen Grenze – entgegen massiver Bedenken in der betreffenden Region – weiter verfolgen wolle.

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie sieht aktuell der genaue Planungsstand hinsichtlich des Lückenschlusses zwischen der A 65 und der französischen Grenze aus?
2. Wie sehen die weiteren Planungsschritte aus beziehungsweise wann ist mit diesen zu rechnen?
3. Inwieweit sehen die derzeitigen Planungen der Landesregierung vor, im Zusammenhang mit der Realisierung der Hagenbach-Variante bestehende Straßen im Bereich des Bienwaldes zurückzubauen?
4. Zu welchem Ergebnis in ökologischer Hinsicht würde ein Vergleich der untersuchten Varianten führen, wenn im Zusammenhang mit der Hagenbach-Variante der Rückbau bestehender Straßen nicht unterstellt würde?

**5. Abgeordnete
Ulla Brede-Hoffmann
(SPD)**

Landesverordnung über die Lernmittelfreiheit

Die Landesregierung will mit der angekündigten Änderung der Landesverordnung über die Lernmittelfreiheit u. a. eine Anhebung des Sockelgrenzbetrags des Elterneinkommens sowie der Grundbeträge für die Lernmittulgutscheine vornehmen.

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie gestalten sich die Änderungen bezüglich der Einkommensgrenzen sowie der Höhe der Grundbeträge der Gutscheine im Einzelnen?
2. Welche Bevölkerungsgruppen profitieren im Besonderen von der Neuregelung der Lernmittelfreiheit?
3. Welche Möglichkeiten haben Eltern über den Bezug von Lernmittulgutscheinen hinaus, die Ausgaben für Schulbücher zu reduzieren?
4. Welchen Vorteil vor allem in pädagogischer und finanzieller Hinsicht bietet das rheinland-pfälzische System der Lernmittelfreiheit gegenüber dem Ausleihsystem anderer Bundesländer?

6. Abgeordnete
Hedi Thelen und
Josef Keller (CDU)

Situation von Schulabgängern ohne Ausbildungsplatz

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie hat sich der Anteil der Schülerinnen und Schüler ohne Hauptschulabschluss in den letzten fünf Schuljahren (prozentual und absolut) entwickelt?
2. Wie hat sich die Zahl der jeweils aufgenommenen Schülerinnen und Schüler im Berufsvorbereitungsjahr entwickelt und wie viele davon haben den Hauptschulabschluss erreicht?
3. Wie hat sich die Zahl der in die BF 1 aufgenommenen Schülerinnen und Schüler seit deren Einführung entwickelt und wie viele davon sind in die BF 2 übergewechselt?
4. Wie bewertet die Landesregierung die Chancen dieser Schülerinnen und Schüler nach Abschluss dieser Bildungsgänge in diesem Jahr auf dem Ausbildungsmarkt?

7. Abgeordnete
Dr. Stefanie Lejeune
(FDP)

Konzert der Ludwigshafener Staatsphilharmonie im Salzburger Festspielhaus – Hilfe aus Finnland

Nach einem Bericht der Rheinpfalz vom 7. November 2006 war die Ludwigshafener Staatsphilharmonie für ein Gastspiel in das Salzburger Festspielhaus eingeladen worden. Da für das zu spielende spätromantische Repertoire die nötige Musikerzahl fehlte und das Ministerium für Wissenschaft, Weiterbildung, Forschung und Kultur eine (finanzielle) Unterstützung versagte, war der Dirigent, Ari Rasilainen, gezwungen, sich anderweitige Hilfe zu suchen. Diese fand er in zehn befreundeten finnischen Musikern, die nicht nur auf ihr Honorar verzichteten, sondern deren Reisekosten der Dirigent selbst übernahm.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Bei wie vielen auswärtigen Konzerten in den vergangenen zwei Jahren war die Ludwigshafener Staatsphilharmonie auf die im Rahmen der Orchesterreform vereinbarte verstärkte Kooperation mit anderen rheinland-pfälzischen Orchestern angewiesen?
2. Warum konnte die Ludwigshafener Staatsphilharmonie im Rahmen ihres Konzertes im Salzburger Festspielhaus nicht auf Musiker anderer rheinland-pfälzischer Orchester zurückgreifen?
3. Warum versagte das Ministerium für Wissenschaft, Weiterbildung, Forschung und Kultur bei einem für das Renommee des Orchesters so wichtigen Konzert seine Unterstützung?
4. Wie gedenkt das Ministerium für Wissenschaft, Weiterbildung, Forschung und Kultur künftig in solchen Fällen zu verfahren?

8. Abgeordnete
Hiltrun Siegrist und
Frank Puchtler (SPD)

Einrichtung einer neuen Bundesfinanzdirektion in Neustadt an der Weinstraße

Presseberichten war zu entnehmen, dass im Zuge einer umfassenden Strukturreform der Zollverwaltung des Bundes eine der neuen Bundesfinanzdirektionen in Neustadt an der Weinstraße eingerichtet werden soll.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Wie beurteilt die Landesregierung die Entscheidung der Bundesregierung, Neustadt an der Weinstraße als Standort für eine von fünf zukünftig zu errichtenden Bundesfinanzdirektionen auszuwählen?
2. Worauf ist die Entscheidung nach Informationen der Landesregierung zurückzuführen?
3. Wo werden die Schwerpunkte der zukünftigen Aufgabenwahrnehmung der neuen Bundesfinanzdirektion Neustadt an der Weinstraße liegen?

**9. Abgeordnete
Hedi Thelen (CDU)****Sicherstellung des Kindeswohls**

Vor dem Hintergrund aktueller Geschehnisse wird über einen besseren Schutz von Kindern vor Vernachlässigung und Misshandlung diskutiert.

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie beurteilt die Landesregierung die Bedeutung von Früherkennungsuntersuchungen unter Berücksichtigung deren Gestaltung und deren Wahrnehmung?
2. Inwieweit sollten diese Untersuchungen hinsichtlich Verbindlichkeit und Untersuchungscharakter weiterentwickelt werden?
3. Welche Konsequenzen sind nach Ansicht der Landesregierung aus den aktuellen Geschehnissen für ein vernetztes und wirksames Frühwarnsystem für Kinder zu ziehen?

**10. Abgeordnete
Alexander Licht und
Hans-Josef Bracht (CDU)****Führung der Hunsrückhöhenstraße (B 327) im Bereich des Flughafens Frankfurt-Hahn**

Die Verlängerung der Start- und Landebahn des Flughafens Frankfurt-Hahn führte zu einem Rechtsstreit zwischen dem BUND und der Flughafengesellschaft, der in diesen Tagen in einer Vereinbarung beigelegt wurde. Teile der Vereinbarung tangieren die örtliche Verkehrsplanung.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Welche Auswirkungen hat der Verzicht auf die im Planfeststellungsbeschluss genehmigte Verlegung der Hunsrückhöhenstraße B 327 auf die weitere Verkehrsplanung?
2. Wird die B 327 nunmehr über eine ausreichend bemessene Umgehung Bärenbach aus Richtung Koblenz auf die B 50 geführt, bzw. was plant die Landesregierung?
3. Welche bisherigen Verkehrsanschlüsse in/aus Richtung Mosel sind von dem Verzicht betroffen, und wie wird die Verkehrsplanung für diese Verkehrswege in/aus Richtung Trier künftig geregelt?
4. Welche finanziellen Auswirkungen – neben dem Gewinn durch eine schnellere Nutzung der verlängerten Start- und Landebahn – hat der Verzicht auf die Verlegung der Hunsrückhöhenstraße?

**11. Abgeordnete
Monika Fink und
Petra Elsner (SPD)****Qualitätszeichen Rheinland-Pfalz**

Mit dem neuen Qualitätszeichen Rheinland-Pfalz soll es den Unternehmen der Land- und Ernährungswirtschaft in Rheinland-Pfalz ermöglicht werden, ihre Erzeugnisse unter einem Qualitätszeichen Rheinland-Pfalz zu vermarkten.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Welche Produkte können im Land mit dem neuen Qualitätszeichen Rheinland-Pfalz gekennzeichnet werden?
2. Welche Lizenznehmer konnten seit dem kürzlich erfolgten Start des Qualitätszeichens Rheinland-Pfalz bereits gewonnen werden?
3. Inwiefern kann das neue Qualitätszeichen Rheinland-Pfalz einen Beitrag zur Stärkung der regionalen Produkte und zum Vertrieb regionaler Produkte leisten?
4. Wie werden interessierte Bürgerinnen und Bürger und Produzenten über das neue Qualitätszeichen Rheinland-Pfalz und dessen Entwicklung informiert?

**12. Abgeordneter
Thomas Auler (FDP)****Brandschutz**

Der Bund will sich aus der Finanzierung von Löschfahrzeugen zurückziehen. Im Interesse des hohen Leistungsstandards beim Katastrophen- und speziell beim Brandschutz müssen die fehlenden Mittel durch das Land, die Kreise und die Kommunen aufrechterhalten werden.

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie wird die Landesregierung auf die Ankündigung des Bundes reagieren, sich aus der Finanzierung von Löschfahrzeugen zurückzuziehen?
2. Wie und gegebenenfalls in welcher Höhe wird die Landesregierung die fehlenden Bundesmittel durch Einsatz von Landesmitteln kompensieren?
3. Kann die Landesregierung zusichern, die Qualität des Brandschutzes, das heißt den Schutz in der Fläche und die technische Ausrüstung, auch in Zukunft in der bewährten Weise zu gewährleisten?
4. Sieht die Landesregierung bei technischem Gerät für den Brandschutz einen Investitionsstau, wenn ja, in welcher Höhe?

**13. Abgeordnete
Christine Baumann (SPD)****Aktuelle Diskussionen über Wein als Kulturgut und Marktprodukt**

Am 8. November 2006 wurde in der ARD eine Reportage mit dem Titel „Die Tricks der Weinmacher“ ausgestrahlt, die unter anderem kontroverse Diskussionen zu Wein als Kulturgut und Marktprodukt im Rahmen der Weinbereitung zum Thema hatte. Rheinland-Pfalz als Weinbauland Nummer 1 in Deutschland hat sich seit Anfang der neunziger Jahre das gute Qualitätsimage des Weinbaus und dessen Marktorientierung dank unserer Winzerinnen und Winzer und mit Unterstützung der Landesregierung zu Recht hart erarbeitet.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Wie beurteilt die Landesregierung die Qualitätsentwicklung im rheinland-pfälzischen Weinbau bei Winzern und Kellereien der letzten Jahre?
2. Wie beurteilt die Landesregierung das Bestreben der Winzerinnen und Winzer wie der Kellereien im Land, Qualität und Nachfrageorientierung erfolgreich miteinander zu verbinden?
3. Wie beurteilt die Landesregierung die Möglichkeit eines Nebeneinander von traditionellen und neuen önologischen Verfahren bei der Weinbereitung in Deutschland?
4. Wird ein Vorschlag von Bundeslandwirtschaftsminister Horst Seehofer, für Wein ein Reinheitsgebot wie für Bier einzuführen, als realistisch angesehen?

**14. Abgeordnete
Manfred Nink,
Margit Mohr,
Günther Ramsauer
und Jutta Steinruck (SPD)****Schiffsgüterumschlag in Rheinland-Pfalz**

Der neue Geschäftsführer der Ludwigshafener Hafenbetriebe, Franz Josef Reindl, erwartet für dieses Jahr mit 7,5 Millionen Tonnen einen höheren Schiffsgüterumschlag.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Wie beurteilt die Landesregierung die aktuelle Entwicklung beim Schiffsgüterumschlag in Rheinland-Pfalz, insbesondere beim Containerterminal in Ludwigshafen?
2. Welche Vorteile bietet nach Ansicht der Landesregierung die Verknüpfung der Verkehrswege Schifffahrt, Schiene und Straße für den Logistikstandort Rheinland-Pfalz?
3. Wie schätzt die Landesregierung die zukünftige Bedeutung der Binnenschifffahrt zur Entlastung der Straße ein?

15. Abgeordnete
Christine Baumann,
Bettina Brück und
Alexander Schweitzer
(SPD)

Pläne des Bundeslandwirtschaftsministeriums zur Neugestaltung der Ressortforschung und mögliche Auswirkungen auf die rheinland-pfälzischen Standorte der Bundesforschungsanstalt Geilweilerhof in Siebeldingen und Bernkastel-Kues

Das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV) plant konzeptionelle Neugestaltungen im Ressortforschungsbereich. Diese Neustrukturierung soll in den nächsten fünf Jahren umgesetzt und spätestens innerhalb eines Zeitraums von zirka zehn Jahren abgeschlossen werden, wie in den Medien berichtet. Kritik an den Plänen von Bundeslandwirtschaftsminister Horst Seehofer (CSU) entstand in Rheinland-Pfalz aktuell auch durch die mangelnde Einbeziehung Betroffener bei möglichen Neugestaltungsplänen des Bundes. Einem Bericht der Frankfurter Rundschau vom 11. November 2006 zufolge wurde bei der vom Bundeslandwirtschaftsministerium im Rahmen der Neustrukturierung angestrebten Schließung des bundeseigenen Öko-Landbau-Instituts in Trenthorst bei Lübeck ebenfalls die für das Institut zuständige Bundesforschungsanstalt für Landwirtschaft (FAL) nicht in eine entsprechende Planung eingebunden. In Rheinland-Pfalz wären von einer Neustrukturierung der Ressortforschungseinrichtungen des Bundeslandwirtschaftsministeriums die Standorte der Bundesforschungsanstalt Geilweilerhof in Siebeldingen und Bernkastel-Kues betroffen.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Wie beurteilt die Landesregierung die in dem von den Medien diskutierten Arbeitspapier des Bundeslandwirtschaftsministeriums und dort skizzierten Neustrukturierungen für die rheinland-pfälzischen Forschungsstandorte Geilweilerhof in Siebeldingen und Bernkastel-Kues und deren Beschäftigte?
2. Bestehen nach Einschätzung der Landesregierung Möglichkeiten einer personellen und inhaltlichen Kooperation der Bundesforschungsanstalten in Rheinland-Pfalz mit den landeseigenen Dienstleistungszentren Ländlicher Raum (DLR) Mosel in Bernkastel-Kues und seinem geplanten Steillagenzentrum und dem DLR Rheinland-Pfalz in Neustadt an der Weinstraße?